

Caritas warnt vor Verlagerung des Glücksspiels ins Internet

Deutliche Steigerung in Coronazeiten/Online-Casinos haben hohes Suchtpotential/Forderung: Werbung wie in anderen Ländern verbieten

Diözese Münster (cpm). Das klassische Glücksspiel fällt coronabedingt weitgehend aus, dafür boomen die Online-Casinos. Mit Sorge sieht Ute Cappenberg, im Diözesancaritasverband Münster zuständig für die Suchtberatung, dass dafür aggressiv geworben wird. Angesichts des bekannt hohen Suchtpotentials des "Online-Zockens" fordert sie, dass die Werbung dafür stark eingeschränkt und am besten ganz verboten wird.

Mangels Sportereignissen fallen Sportwetten derzeit weitgehend aus, das Glücksspielangebot in Spielhallen, Gaststätten oder Spielbanken liegt brach. Entsprechend verlagere es sich ins Internet, so Cappenberg. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigten, dass Werbung hier nicht unterschätzt werden dürfe. Der Fachbeirat Glücksspielsucht hatte dies für eine Stellungnahme zur Neuregelung des "Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrags" untersuchen lassen und fordere deshalb, die Werbung auf ein absolutes Minimum zu begrenzen.

Gerade Heranwachsende oder Menschen, die ohnehin zu einem problematischen Glücksspielverhalten neigten, ließen sich davon beeinflussen. "Natürlich zielt die Werbung darauf ab, Neukunden zu gewinnen oder die schon gewonnenen Kunden zu mehr Spielen zu verleiten", sagt Cappenberg. Das widerspreche allen Bemühungen der Suchtverbeugung.

Mehrere europäische Länder schränken die Werbung für Online-Glücksspiel derzeit ein. In Spanien beispielweise sei dies gekoppelt mit der Dauer der Ausgangssperre. Die Interessenvertretung der britischen Glücksspielunternehmen verzichteten sogar freiwillig während des Lockdowns auf TV- und Radiowerbung.

Cappenberg bedauert, dass es in Deutschland keinerlei Bestrebungen in diese Richtung gebe. Einschränkungen seien aktuell notwendig, dauerhaft "sollte unsere bisher liberale Haltung zur Glücksspiel-Werbung im Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrag überdacht werden". Diese müsse im Sinne des Jugend- und Spielerschutzes geändert werden, fordert die Caritasmitarbeiterin.

052-2020 (hgw) 5. Juni 2020